

DECKBLATT NR. 17

ZUM BEBAUUNGSPLAN

DER STADT PASSAU

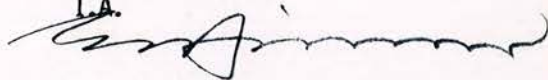
AN DER STEPHANSTRASSE - TEKTUR

GEMÄRKLUNG HACHLBERG

Passau, 02.04.1992

Amt für Stadtplanung und
Bauaufsicht

L.A.



Eigentümer der betroffenen und/oder benachbarten Grundstücke haben der Änderung ^{nicht} wider-
sprochen.

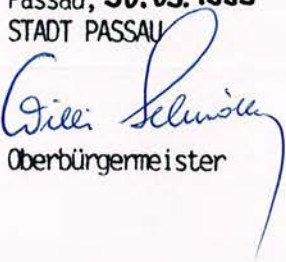
(Verfahren nach § 13 Satz 3 BauGB)

^{Bauausschuss}
Der ~~Stadtrat~~ der Stadt hat am **04.02.1993** die Änderung des Bebauungsplanes im ver-
einfachten Verfahren nach § 13 Satz 3 BauGB und gemäß Art. 91 Abs. 3 BayBO als Satzung
und die Begründung hierzu beschlossen.



Passau, **30.03.1993**

STADT PASSAU


Oberbürgermeister



~~Der Bebauungsplan wird gemäß § 11 Abs. 3 BauGB der Regierung von Niederbayern angezeigt.~~
Die Regierung hat mit Schreiben vom ~~keine Verletzung von Rechtsvor-~~
schriften geltend gemacht.

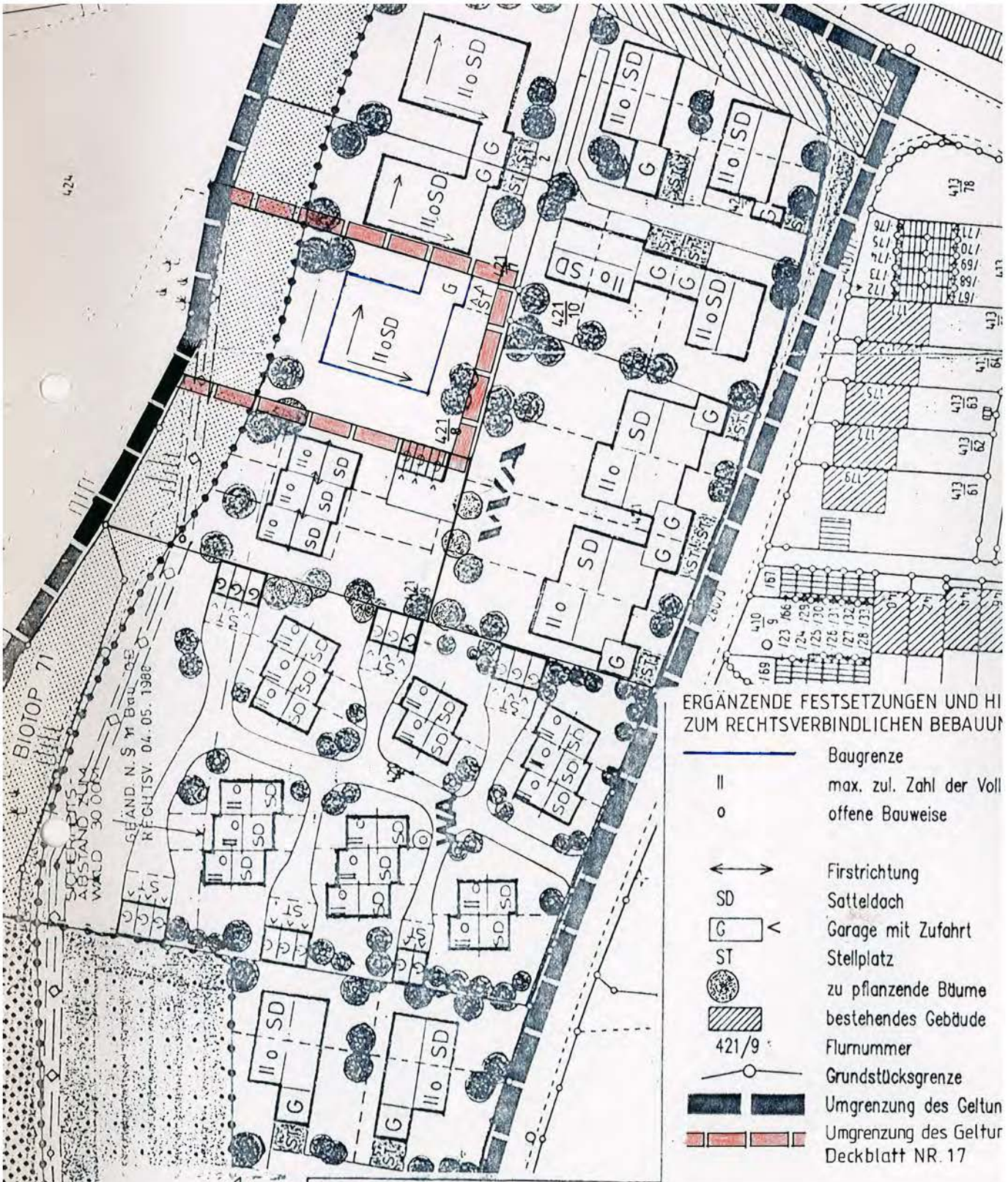
Landshut,
REGIERUNG VON NIEDERBAYERN

Siegel

Bekanntmachungsvermerk:

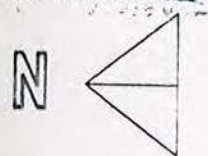
Der Bebauungsplan wird gemäß § 12 BauGB mit dem Tag der Bekanntmachung im Amtsblatt der
Stadt Passau Nr. **6** am **24.03.1993** rechtsverbindlich.

Der Bebauungsplan mit Begründung liegt mit Wirksamwerden der Bekanntmachung zu jeder-
manns Einsicht im Amt für Stadtplanung und Bauaufsicht während der Dienststunden bereit.



ERGÄNZENDE FESTSETZUNGEN UND HI
ZUM RECHTSVERBINDLICHEN BEBAUUN

- Baugrenze
- max. zul. Zahl der Voll
- offene Bauweise
- Firstrichtung
- Satteldach
- Garage mit Zufahrt
- Stellplatz
- zu pflanzende Bäume
- bestehendes Gebäude
- Flurnummer
- Grundstücksgrenze
- Umgrenzung des Geltun
- Umgrenzung des Geltur
- Deckblatt NR. 17



M 1/1000

GEZ. FRA. 02.04.92
GEPR. FRIEDL

BEBAUUNGSPLAN AN DER STEPHANSTRASSE - TEK GEMARKUNG HACKLBERG DECKBLATT NR. 17

VEREINFACHTE ÄNDERUNG GEMÄSS § 13 BAUGB

Inhalt der Änderung:

=====

Auf dem Grundstück Fl.Nr. 421/8, Gmkg. Hacklberg, soll die Baugrenze nach Nordosten und die Garage von der Südwest- an die Nordost-Grenze verschoben werden.

Ansonsten gelten die Festsetzungen des rechtsverbindlichen Bebauungsplanes. Evtl. anfallende Kosten für den Umbau der Erschließungsanlagen (Bordsteinabsenkung etc.) gehen zu Lasten des Antragstellers.